GSP.L-01-144-2

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Georg Krause (KV Ludwigsburg)

Änderungsantrag zu GSP.L-01

Nach Zeile 144 einfügen:
Wir wollen regionale Wertschöpfung stärken und Beschäftigten Zugang zu bezahlbaren Wohnraum in der Nähe ihrer Tätigkeitsstätte verschaffen, um unnötige Wege und Gütertransporte zu vermeiden. Ungewollte, lange Pendelwege und deren Subventionen gehören der Vergangenheit an.

Begründung

Der Verkehrssektor ist für etwa 18% der deutschen CO2 Emissionen verantwortlich und verzeichnet seit Jahren einen Emissionsanstieg. Das liegt hauptsächlich daran, dass Effizienzgewinne bei der Motorenentwicklung aufgefressen werden durch immer mehr, immer weitere Wege, die in immer größeren Autos zurückgelegt werden. Auch im Güterverkehr steigen die Emissionen seit Jahren an.

Dieser Trend ist zum großen Teil strukturell bedingt, unter anderem durch knappen Wohnraum in der Nähe von Arbeitsplätzen und dadurch bedingte, ungewollte und lange Berufspendelwege, die auch noch steuerlich begünstigt werden. Fehlende Alternativen zum Auto tun ihr übriges. Dabei ist dieser Trend keineswegs selbstverständlich. Bis Anfang des 20.Jh war durchaus üblich, dass unternehmen Wohnraum für ihre Beschäftigten gebaut und zur Verfügung gestellt haben. Eine Alternative wäre, dass sie sich gezielt in Gebiete mit vielen Arbeitssuchenden ansiedeln. Wir sollten Beschäftigte und Kommunen mit dem Problem des fehlenden Wohnraums nicht allein lassen, sondern Unternehme aktiv an der Lösung beteiligen, was lange Zeit selbstverständlich war.

Globale Lieferketten führen in vielen unternehmen zu Transportwegen über Kontinente hinweg, z.T. auch mehrfach, weil jedes Zwischenprodukt an einem anderen Standort gefertigt wird. Eine regionale Wertschöpfung über gesamte Wertschöpfungsketten kann Transportwege vermeiden und zu mehr Unabhängigkeit von ausländischen Zulieferern führen.

Wir sollten den Trend zu immer längeren Pendel- und Transportwegen und die damit einhergehenden Umweltschäden nicht einfach hinnehmen, sondern aktiv Alternativen fördern.

weitere Antragsteller*innen

Marcel Ernst (KV Göttingen); Patrick Schygulla (KV Freiburg); Ralf Roschlau (KV Heilbronn); Enrico Wolfgang Schandl (KV Ortenau); Simon Spenrath (KV Heilbronn); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Karl-Heinz Trick (KV Ortenau); David Nollert (KV Bodenseekreis); Tim Weinert (KV Stuttgart); Sylvia Dorn (KV Ortenau); Kristina Leitz (KV Stuttgart); Corinna Fritz (KV Stuttgart); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Andreas Diebold (KV Heidelberg); Andreas Müller (KV Essen); Alexander Link (KV Heidelberg); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Eleonore Grabowski (KV Wesel); Cornelia Kunkis-Becker (KV Schwarzwald-Baar); sowie 1 weitere Antragsteller*in, die online auf Antragsgrün eingesehen werden kann.